

mitte drin

Ausgabe 04 / 2015 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Für einen zweiten Frühling der direkten Demokratie

Unter Rot-Rot entwickelte Berlin sich einst vom Schlusslicht zum Spitzenreiter hinsichtlich direkter Demokratie in der Bundesrepublik. Volks- und Bürgerentscheide auf Bezirks- und Landesebene wurden zu einer realen Option für die Bevölkerung, um Entscheidungen auch gegen parlamentarische Mehrheiten durchzusetzen.

Als LINKE wollten wir diese Möglichkeiten der Einmischung, auch wenn diese sich mitunter gegen unsere Positionen richteten.

Unter dem SPD-CDU-Senat kam es zu Stagnation und Rückschritt in Sachen Bürgerbeteiligung. Beim Energie-Volksentscheid wurde mit formalen Tricks das Erreichen des Quorums behindert. Beim Volksbegehren zum Tempelhofer Feld versuchten einige Koalitionäre nachträglich die Rechtmäßigkeit der Unterschriften anzuzweifeln. In Charlottenburg-Wilmersdorf weigert sich das Bezirksamt nach wie vor, den erfolgreichen Bürgerentscheid gegen die Bebauung der

Kleingartenanlage Oeynhausen umzusetzen. Damit es künftig erst gar nicht mehr so weit kommt, entzieht der Senat nun lieber gleich den Bezirken die Verantwortung für die Vorhaben - und damit auch den Geltungsbereich von bezirklichen Bürgerentscheiden. Statt weniger Tausend im Bezirk müssten dann stadtweit rund 175.000 Unterschriften gesammelt werden. So geschehen bei den Buckower Feldern und nun beim Mauerpark. Statt, wie nach dem Tempelhof-Volksentscheid versprochen, die Bürgerbeteiligung zu stärken, höhlen SPD und CDU sie immer mehr aus.

Das droht nun auch auf Landesebene. Trotz der gescheiterten Olympiabewerbung Berlins will SPD-Fraktionschef Saleh Plebiszite von oben einführen und Volksentscheide nach eigenem Gutdünken anberaumen. Direkte Demokratie ist jedoch ein Instrument der Bürgerinnen und Bürger, um sich aktiv zu beteiligen. Plebiszite von oben dagegen entwerten die Volksrechte von unten, stär-

Mehr Demokratie?



Ja, bitte

Nein, danke

ken sie doch die Regierung gegenüber der Bevölkerung und der Opposition.

DIE LINKE hat dagegen umfangreiche Vorschläge für eine Stärkung der direkten Demokratie unterbreitet. Wir wollen etwa die Möglichkeit schaffen, dass Entscheidungen des Parlaments der Bevölkerung nochmals zur Abstimmung vorgelegt werden, wenn sich innerhalb von zwei Wochen ausreichend Menschen dafür aussprechen. Auch vor der Privatisierung von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge soll die Bevölkerung entscheiden. Wir wollen ein Abstimmungsrecht ab 16 Jahre. Nach dem Winter, den wir in Sachen Bürgerbeteiligung derzeit erleben, wäre das ein zweiter Frühling für die direkte Demokratie in Berlin.

Klaus Lederer

Landesvorsitzender der Berliner LINKEN

Wenn der Senat "die Sache an sich zieht", dann ...

... hat da manchmal ein Ressortchef des Bezirks ein wenig nachgeholfen, weiß Falko Loeff aus der BVV-Sitzung zu berichten. Eine saubere demokratische Volksabstimmung über die Erhaltung von 100 Prozent Mauerpark wird damit kaltschnäuzig unterlaufen.

Fortsetzung auf Seite 2 >

Frust nach Ausbildungsjahren – trotzdem voller Elan

Der Mann hat keine Chance ausgelassen: Facharbeiter, Bachelor erfolgreich bestanden, Masterarbeit abgeliefert, ein Gutachter urteilte positiv, weitere zwei lassen den Kandidaten warten. Und Sebastian Schmidt schreibt weiter unverdrossen Bewerbungen.

Fortsetzung auf Seite 5 >

Irene Runge weiß: Die (Speise-)Eiszeit hat begonnen

Und sie verrät auch ihre Geheimtipps für interessante Zugaben, mit denen sie den genormten kühlen Leckereien ungewöhnliche Akzente verleiht. Leider sind diese Blüten und Kräutlein in Mittes Lebensmittelläden nicht überall und nicht immer zu finden.

Fortsetzung auf Seite 6 >

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

Linke Woche der Zukunft

23. bis 26. April 2015 Franz-Mehring-Platz 1, Nähe Ostbahnhof:

www.linkewochederzukunft.de

(siehe Seite 3)

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9-16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Heftige Debatte um den Mauerpark

Die Mauerpark-Debatte ist eines jener bezirklichen Themen, die uns bereits seit etlichen Jahren beschäftigen. Immer schon schlugen die Wogen hier hoch, die Diskussion war stets und auf allen Seiten emotional aufgeladen, so auch dieses Mal.

Doch galt und gilt dies nicht nur für die Verordneten in der BVV, sondern auch für die Bevölkerung. Wenn also einer nach dem berühmten bürgerschaftlichen Engagement suchte, wofür ja gerade Politiker immer so gerne werben, so konnte er es doch vor allem hier stets finden. Umso verstörender ist es, wie der Senat jetzt damit umgeht.

Doch zunächst ein Blick zurück: Vor 25 Jahren war den Bürgerinnen und Bürgern ein Park auf der gesamten Fläche versprochen worden. Etwas Verbindendes sollte es sein zwischen den Ortsteilen Prenzlauer Berg und Gesundbrunnen, dort, wo einst eine trennende Mauer stand. Auf Prenzlauer Seite gibt es den Park bereits, doch auf der anderen Seite Stillstand und ein ewiges Gezerre um Flächennutzungsfragen und Grünanteile und dergleichen sowie obendrein diverse Unklarheiten über Eigentümerwechsel und finanzielle Risiken in Kaufverträgen. Unser Antrag auf Einblick in die Grundakte wird bis heute verschleppt. Auch in Sachen Transparenz also von Anfang an Fehlanzeige!

Aber zurück zum Bürgerwillen: Bereits 2010 hatte im Rahmen der sogenannten „frühzeitigen Bürgerbeteiligung“ – einem im Zusammenhang mit der Aufstellung von Bebauungsplänen gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren – eine überdeutliche Mehrheit der beteiligten Bevölkerung ihre Ablehnung jeglicher Bebauung deutlich gemacht. Gut, seien wir ehrlich. Berlin braucht heute Wohnungen und wird noch mehr brauchen in den kommenden Jahren. Da wirken Maximalforderungen nicht immer durchweg konstruktiv. Doch, bleiben wir dann auch ehrlich! Was ist es denn im Kern, was diese sogenannten Investoren wollen? Haben sie ein gutes Herz, verfolgen sie ein hehres Ziel und möchten einfach nur diesen armen Berlinerinnen und Berlinern helfen, indem sie dringend benötigten Wohnraum schaffen – so für 6,50 € nettokalt eventuell? Also höchstens, versteht sich. Die Antwort darauf müsste sich eigentlich jedem erschließen, der sich einigermaßen wachen Auges in den letzten Jahren durch die Stadt bewegt hat. „Nachtjall, ick hör dir trapsen“, sagt der Berliner.

Und so sind es dann im Falle des Mauerparks eben auch genau jene Sorgen um Nutzungskonflikte, steigende Mieten in den Quartieren und Verdrängungstendenzen in Folge von Luxuswohnungsbau, die sich leider schon allzu oft bewahrheitet haben. 39 000 Einwände gegen eine Bebauung und ein Bürgerbegehren, das kurz vor der Zulassung steht, sprechen hier eine deutliche Sprache. Zu deutlich wohl für den SPD/CDU-Senat, der die Sache nun kurzum an sich gezogen hat und von oben „regeln“ will. Aber ausgesprochen blamabel auch für den SPD-Bezirksbürgermeister Hanke, der während der intensiven Debatte in der letzten BVV-Tagung erst nach langem Zögern zugab, im Rat der Bürgermeister für die Senatsvorlage gestimmt zu haben. Damit hat der Senat das Verfahren also weniger an sich gezogen; vielmehr wurde es von unserem Bezirksamt freiwillig abgegeben. Unser gemeinsamer Antrag mit den Grünen, den Bürgermeister auf eine Ablehnung des Senatsansinnens festzulegen, wurde so schlicht gegenstandslos. Wie gesagt, Nachtjall, ick hör dir trapsen.



Falko Looff

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE.

mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und

- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Nina Jenny Soest** und **Christian Wisch** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

Jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14 bis 16 Uhr

kostenlose Mieterberatung

im **Karl-Liebnecht-Haus**, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178

Ergebnisse der BVV

► Anfragen:

Welche konkreten Maßnahmen mit jeweils wie vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sind vom Wegfall der Bürgerarbeit in Mitte betroffen? Welche konkreten Leistungen/Angebote, die bisher über die Bürgerarbeit erbracht wurden, sind mit Auslaufen des Programms entfallen und wie viele davon entfielen ersatzlos? Wie gedenkt das Bezirksamt die durch den Wegfall der Bürgerarbeit entfallenden Leistungen/Angebote durch welche konkreten Maßnahmen vollständig bzw. teilweise zu ersetzen? Wie bewertet das Bezirksamt den ersatzlosen Wegfall der Bürgerarbeit für die betroffenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie für die Leistungen/Angebote in den verschiedenen Maßnahmefeldern und was wird das Bezirksamt tun, um sowohl Langzeitarbeitslose zu unterstützen als auch die von ihnen geleistete Arbeit für das Gemeinwesen fortzuführen?

(Große Anfrage DIE LINKE, Drs. 1966/IV)

Ist es zutreffend, dass für Kinder von Eltern mit befristetem Aufenthalt der Kitagutschein nur für die kürzestmögliche Frist ausgestellt wird? Wenn ja, worauf beruht diese Vorgehensweise und wie wird sie begründet? Welche Unterlagen müssen Eltern von Kindern zur Erlangung von Kitagutscheinen vorweisen, wenn sie einen nur befristeten Aufenthalt haben?

(Mündliche Anfrage DIE LINKE, Drs. 1993/IV)

► Anträge:

Die BVV Mitte von Berlin lehnt das Ansinnen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt ab, die Bebauungsplanverfahren 1-64aVE und 1-64b „Mauerpark“ an sich zu ziehen. Das Bezirksamt Mitte von Berlin wird ersucht, die ablehnende Haltung des Bezirks gegenüber dem Senat von Berlin zum Ausdruck zu bringen und im Rat der Bürgermeister gegen eine entsprechende Senatsvorlage zu stimmen, mit der beabsichtigt ist, das Areal zu einem „Gebiet außergewöhnlicher stadtpolitischer Bedeutung“ gemäß § 9 AGBauGB erklären zu lassen. Um eine 2/3-Mehrheit gegen das Vorhaben des Senates im Rat der Bürgermeister zu erreichen, möge das Bezirksamt bereits im Vorfeld einer diesbezüglichen Sitzung bei den anderen Bezirken intensiv dafür werben, ebenfalls eine solche Senatsvorlage abzulehnen.

(Antrag DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen, Drs. 1958/IV) Für „in der Sache erledigt“ erklärt.

„Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen“

Den Auftakt zur „Linken Woche der Zukunft“ vom 23. bis 26. April 2015 macht Volker Braun mit seiner „Zukunftsrede“, die eine radikale Kritik der kapitalistischen Verhältnisse und die Forderung nach energischen Veränderungen formuliert.

Es schließen sich über 80 Veranstaltungen an, die sich mit den wichtigsten Zukunftsfragen befassen: Wie sieht die Zukunft der Produktion aus angesichts zunehmender Automatisierung? Wie verändert die Digitalisierung unser Leben? Was macht eine gerechte Gesellschaft, eine

einer Podiumsdiskussion „Womit zieht die neue Zeit?“ – alle im Grünen Salon der Volksbühne und im Karl-Liebknecht-Haus. Von Freitag, 24. April bis Sonntag 26. April finden alle Veranstaltungen in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung am Franz-Mehring-Platz statt. An jedem der Tage gibt es um 10 Uhr eine Begrüßung, am Freitag durch die Parteivorsitzenden mit einem „Manifest der Zukunft“, Samstag durch den Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi und am Sonntag durch die Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung Dagmar Enkelmann. Die Eröffnungsveranstaltung am

Damit alle zu Wort kommen und sich einbringen können, gibt es sowohl Podiumsveranstaltungen als auch Werkstätten und Foren zum Erfahrungsaustausch, Stadtspaziergänge und Partys, Kunst- und Kulturveranstaltungen – und eben auch Lesungen wie die eingangs erwähnte von Volker Braun, der in seiner „Zukunftsrede“ übrigens den Dichter Antoine de Saint-Exupéry zitiert: „Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen“. Ein passendes Motto für die Veranstaltungen.

Eintritt frei, barrierefrei, Anmeldung, Kinderbetreuung und Bettenbörse unter zukunft@linkewochederzukunft.de, das ganze Programm unter www.linke-woche-der-zukunft.de

Claudia Gohde



23.–26. APRIL 2015
www.linkewochederzukunft.de



Die Linke – Fraktion in der BVV
Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag, Mittwoch und Donnerstag von 15 bis 17 Uhr**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

gerechte Welt aus? Wie wollen wir mit unserer Zeit umgehen? Wie bekommen wir einen Plan B umgesetzt? Wie können wir uns international besser vernetzen? Wie sehen die Partei und die Linke der Zukunft aus?

Ohne den Entscheidungs- und Zeitdruck von Gremien wie Parteitagungen wollen wir unter uns und mit vielen externen klugen Leuten diskutieren, analysieren, konzipieren und natürlich auch einander zuhören und uns austauschen. Über 200 Referentinnen und Referenten haben ihre Teilnahme zugesagt. Darunter Elmar Altvater, Volker Braun, Dietmar Dath, Alex Demirovic, Frank Deppe, Klaus Dörre, Anke Domscheit-Berg, Gregor Gysi, Michael Hardt, Frigga Haug, Bernadette La Hengst, Katja Kipping, Stephan Lessenich, Volker Lösch, Birgit Mahnkopf, Chantal Mouffe, Bernd Rixinger, Hans-Jürgen Urban, Sahra Wagenknecht, Hilary Wainwright, Gabriele Winker, Raul Zelik – und Leute von Syriza, Podemos, aus den Gewerkschaften und den Bewegungen.

Die Veranstaltungen beginnen am Donnerstag, 23. April mit Lesungen, Performance und

Freitag, 10.30 Uhr trägt den Titel „So wie es ist, bleibt es nicht. Mit dem gegenwärtigen Kapitalismus gibt es keine Zukunft“. Und das Abschlusspodium am Sonntag, 12.15 Uhr lautet: Ökologisch, lustvoll und demokratisch – Zur Zukunft des Sozialismus im 21. Jahrhundert.



© Klaus Stuttmann

Eine Bleibe für Flüchtlinge im St. Hedwig-Krankenhaus

Etwa 100 Flüchtlinge in ein leer stehendes Bettenhaus aufgenommen

Auf dem Gelände Große Hamburger Straße 28 stellt das St.-Hedwig-Krankenhaus vorübergehend ein leer stehendes Bettenhaus als Unterkunft für Flüchtlinge zur Verfügung. Im Auftrag des Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) übernimmt der gemeinnützige Caritasverband die Betreuung.

Heim in der Residenzstraße saniert werden. Wie Caritas-Sprecherin Barbara Schwemmer erklärte, soll es dauerhafte Flüchtlingsunterkunft für Familien werden.

Längerfristige und familiengerechte Unterbringung ist auch die Zielstellung des flüchtlingspolitischen Konzepts, das die Linksfraktion des Abgeordnetenhaus



Offene Tür für vor Krieg und Verfolgung Flüchtende in der Großen Hamburger Straße

Im Jahre 2012 war von der Alexianer St. Hedwig Klinken Berlin GmbH ein neues Bettenhaus errichtet worden, deswegen war das alte Bettenhaus frei geworden.



Willkommen in Berlin!

Bis zum 30. Juni 2015 können die Flüchtlinge dort wohnen. Anschließend sollen sie in ein früheres Seniorenheim in der Weddinger Residenzstraße umziehen. Dort waren bis Jahresbeginn etwa achtzig Flüchtlinge untergebracht. Sie hatten den Oranienplatz in Kreuzberg besetzt. Bis zum 30.6. soll das

ses zusammen mit dem ehemaligen Berliner Integrationsbeauftragten Günter Piening erarbeitet hat (http://www.linksfraktion-berlin.de/politik/themen/fluechtlinge/ankommen_teilhaben_bleiben/). Seit Dezember 2014 wird nicht nur im Abgeordnetenhaus, sondern auch in bezirklichen Foren und Veranstaltungen intensiv darüber diskutiert.

Vertreter von Flüchtlingsinitiativen haben auf solchen Veranstaltungen geschildert, wie sich die Situation seit der Vorlage des Konzeptes Ende letzten Jahres dramatisch verschlechtert hat. Immer mehr Flüchtlinge leben in Turnhallen ohne Privatsphäre. Heiminitiativen berichten von dramatischen Verschlechterungen z.B. im Bildungsbereich. Außerdem wurde die Einführung einer Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge gefordert. Dass das flüchtlingspolitische Konzept einen Fokus auf die Integration in den Arbeitsmarkt stellt, wird positiv hervorgehoben. Häufig gebe es jedoch Probleme mit der Anerkennung formeller Abschlüsse.

Rainer Scholz

Bei anderen gelesen

► *Bundeswehr gegen Putins Armee?*

Den Anregungen von Bundespräsident Gauck folgend hat die NATO der Bundeswehr eine zentrale Rolle im Rahmen einer neuen Sondereingreiftruppe zugewiesen. Ab sofort soll Frau von der Leyens Truppe den Russen wieder einmal so richtig Angst einjagen. Man stelle sich vor, Bundeswehrsoldaten stünden in der Ostukraine Putins Armee gegenüber. Hatten wir das nicht schon? Die neue Rolle der BRD in Europa beflügelt Revanchisten und Militaristen im Lande und lässt sie wieder von einem Großdeutschland träumen. Will man dem Widerstand entgegenzusetzen, muss man den Mut haben, gegen den Strom zu schwimmen.

„RotFuchs“, Februar 2015

► *Was das Stadtschloss über die Deutschen aussagt*

Wer nicht in Deutschland aufgewachsen ist, kann die schwärmerische Verehrung für das Stadtschloss kaum verstehen. Aber es ist ein vergeblicher Traum: Man kann nicht wieder alles aufbauen, als ob nichts gewesen wäre.

Kommentar: Ich kann das Stadtschloss und seine Befürworter nicht verstehen, bin aber in Deutschland geboren und aufgewachsen. Die schönste Kopie der Welt wird den Schmerz des Verlustes nicht auslöschen können. Ganz abgesehen davon, dass manche besagten Schmerz angesichts des Verlustes des Palastes der Republik empfinden, der bis 1990 in Betrieb, keinesfalls ein Wrack war und sicher für weniger Geld hätte saniert werden können und anschließend eine hervorragende, äußerst zentral gelegene Landesbibliothek abgegeben hätte.

Das wäre ein souveräner Umgang mit der Geschichte der Stadt gewesen, aber gewisse „stumpfsinnige Ideologen“ können den Gedanken an eine solche, positiv besetzte DDR-Hinterlassenschaft nicht ertragen. „Zerstörungswut gegenüber Steinen, die ein anderes Weltbild bezeugen“, in der Tat.

„Der Tagesspiegel“, 14.03.2015

Kurznachrichten

► *Zehntausend fliegende Mordroboter aus den USA*

Drohnen sind hochtechnologische Flugapparate, die die USA in den letzten zwölf Jahren entwickelt haben. Bislang sind etwa 2.000 dieser tödlichen Waffen eingesetzt worden, um "terroristische Ziele" auszuschalten. Wie viele unbeteiligte Menschen dabei umgebracht worden sind, meldete der Absender nicht. Waren halt Kollateralschäden. Die Flüge wurden von US-Stützpunkten in Deutschland gesteuert und ins Ziel gelenkt. Testflüge begannen bereits vor einem Jahr zwischen den Truppenübungsplätzen Grafenwöhr und Hohenfels. Am 14. November 2014 stürzte in der Oberpfalz eine „Shadrow“-Drohne über zivilem Gebiet ab. Eine Sprengladung hatte das 154 kg schwere Gerät glücklicherweise nicht bei sich.

► *Männer fehlen in Kitas*

In deutschen Kitas gibt es zu wenige männliche Erzieher. Ende 2013 gab es rund 15.000, das sind 3,4 Prozent. Immerhin ein Anstieg – von 2,6 Prozent im Jahre 2010. Die wenigsten Männer gab es in Bayern und in Sachsen-Anhalt, nur 1,8 und 1,9 Prozent. Am besten schneidet Hamburg ab mit 9,1 Prozent. Auch Berlin kann etwas höhere Anteile aufweisen. Hier stellen die männlichen Erzieher immerhin 7,8 Prozent.

► *Berlins sesshafte Mieter*

In der Hauptstadt wechseln immer weniger Mieter ihre Wohnungen. Der Grund? Wer einen günstigen Mietvertrag hat, der bleibt, wo er ist. Weil die Mieten überall gestiegen sind, ist die "Umzugsquote" gesunken, wie der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen feststellt. Für Geringverdiener ist der Umzug unbezahlbar geworden.

► *Menschen zieht es in die Großstädte*

Die sieben größten Städte der BRD haben heute zusammen 300.000 Einwohner mehr als 2007. In Berlin sind allein 2014 fast 50.000 Menschen zugezogen. Eine erfreuliche Folge – Berlin verzeichnet wieder mehr Geburten als Todesfälle.

Menschen in Mitte

Sebastian Schmidt:

Vom Tischler zum Master der Soziologie voller Tatendrang

Mit hohem erworbenen Wissen, vielen Erfahrungen und frischem Tatendrang will Sebastian Schmidt jetzt die wohl wichtigste Etappe seines Lebens angehen. Spätestens bis zu seinem 29. Geburtstag Ende April hofft der gebürtige Berliner das Unternehmen gefunden zu haben, wo er sich nützlich einbringen kann.

Gleich nach der Realschule hatte er sich erst einmal solide zum Tischler ausbilden lassen. Am Oberstufenzentrum (OSZ) Holztechnik I in Adlershof holte er sich die Fachhochschulreife und gleich anschließend am OSZ II Bautechnik das Fachabitur. „Am meisten interessierte ich mich immer für Zahlen, Mengen, Strukturen, für das Rechnen, und so habe ich dann erst mal Mathematik an der Technischen Fachhochschule in Wedding studiert.“ Genau so spannend für Sebastian ist aber auch alles, was mit Politik, Gesellschaft und Sozialem zu tun hat.

Da war auf seinem weiteren Studiengang die Justus-Liebig-Universität Gießen eine gute Adresse. Im dortigen Fachbereich 03 Sozial- und Kulturwissenschaften widmete er sich Social Science, konzentrierte sich vor allem auf Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Geschlechtersoziologie. „Im Studium begegnete ich Karl Marx als Soziologen“, bemerkt Sebastian Schmidt. „Seine Sicht war für mich packend. Zu meinem 18. Geburtstag hatte mir meine Oma schon sein ‚Das Kapital‘ geschenkt, das mir viele Denkanstöße brachte.“ Gießen beendete er erfolgreich als Bachelor. Ohne Pause setzte er nun sein Studium an der Fakultät Planen, Bauen, Umwelt des Instituts für Soziologie der Technischen Universität Berlin fort. „Wie in Gießen – aber auf noch anspruchsvollerem Niveau – lernte und trainierte ich Kommunikationsformen, Methoden der Fragestellung, des Interviews, Statistiken, Analysen, forschte für Lehrforschungsprojekte am Institut für Luft- und Raumfahrt und bei der BVG in Spandau.“

Berufsbewerbung ohne Abschlusszeugnis?

Als besonders wertvoll sieht Sebastian sein fünfwöchiges Praktikum beim Bezirksamt Berlin-Mitte. „Da mein inzwischen verstorbener älterer Bruder gehörlos war, entschied



Zuversichtlich trotz Zeitverlust: Sebastian Schmidt
(Foto: M.Herold)

ich mich für die Behindertenpolitik.“ In seiner schriftlichen Auswertung macht er auf konkrete Mängel aber auch auf Beispielhaftes für ganz Berlin aufmerksam.

Im November vergangenen Jahres hat Sebastian Schmidt nun seine Masterarbeit zur inklusiven Stadtplanung abgegeben. Seit nahezu fünf Monaten wartet er aber sehnlichst auf die Benotung. Nach mehreren Anfragen beim Prüfungsamt wurde ihm kürzlich vom ersten der drei Prüfer ein positives Gutachten gesandt. Auf die zwei weiteren muss er noch immer warten. „Eine Eingliederungsvereinbarung verpflichtet mich, dass ich seit Studienabschluss jeden Monat zehn Berufsbewerbungen vorlegen muss. Dabei ist doch offensichtlich, dass ich ohne das Zeugnis keine Chancen habe.“ Über 40 Mal hat er sich bisher beworben – als Soziologe, Referent, Statistiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter – im Bundestag, im Bundespräsidialamt, bei Ministerien, Bezirksämtern und Behindertenwerkstätten. Ohne Erfolg. „Ich bin frustriert aber noch voller Elan“, betont er. „Besonders gern würde ich in die Forschung gehen, später promovieren, weiß ich doch, dass es gerade in der Soziologie deutschlandweit zu wenig Wissenschaftler, vor allem beim Nachwuchs, gibt.“

Matthias Herold

Nicht nur das Wetter ist wendig

Die Eiszeit hat eingesetzt. Man lutscht und leckt ungeniert ganz öffentlich das vertraut bis exotisch schmeckende Waffel-Eis in vielerlei Schattierungen von grün, gelb, blau, braun, weiß oder gesprenkelt. Das tropft immer, egal, ob bio, vegan oder mit chemischem Zusatz. Self-made, selber-machen, ist heute die Devise. Ich kaufe eine Handvoll duftenden Lavendels auf dem Markt, um einige Blüten dem Vanille-Fertigeis beizumischen. Bei Zitronengeschmack nehme ich frische Minze und Basilikum. Was allerdings den gewöhnlicheren täglichen Bedarf angeht, so fehlen der Berliner Mitte dafür die entsprechenden Läden mit entsprechenden Lebensmitteln. Vorhersehbar ist, dass auch kommende Neubewohner nicht nur entlang der Bernauer Straße den Mangel spüren werden. Kaiser's in der westlichen Brunnenstraße ist mit Untergeschoss geschlossen, „Norma“ für viele nicht nur wegen der Entfernung keine Alternative.

Früher gab es Versorgungsengpässe. Heute verschwinden Geschäfte, die Wegezeiten wachsen, das sachunkundige Kassenpersonal kann nicht beraten. Die

Kiez-Gemütlichkeit hat ihren Preis. Nach und nach hat der kleine Delikatessenhandel die gewesenen Fleischer, Bäcker und den Fischverkauf ersetzt, während vietnamesische und türkische Händler den Obst- und Gemüseinkauf und die Reinigung der Garderobe übernommen haben. Deren kramiges Angebot schafft ein südliches Straßenflair, doch in tiefer Nacht sind es die Spätis, die Zuspätgekommenen helfen. Das ist nicht jedermanns, auch nicht aller Frauen Sache.

Gerade wurde in der Chausseestraße vis-a-vis einer Kaufhalle, die zum Supermarkt mutierte, die Biovariante für den größeren Einkauf eröffnet. Konkurrenz ist hartes Geschäft, LED-Helligkeit verschönt, das Angebot fällt angenehm ins Auge. Abzuwarten bleibt, ob die „Werkstätigen“ vom BND ebenfalls den Weg hierher finden.

Jede Saison wandelt die Mode. Im Schritt der Zeit kamen Streetfood und Kaffeeröstereien, auf Hockern und schmalen Bänken sitzt man auf den Straßen, isst auch stehend oder gehend. Die mobile Versorgung mit Sandwich, Juice, Salaten, Kaffee und Kuchen klappt. In diesem Jahr geht es zudem um schmale Krawatten, steile Schuhe,



Kleine Erfrischung im Vorbeigehen gefällig?

Petticoats und weite Kleider mit buntem Blumenmuster.

Irene Runge

Zehn sind nicht genug

Im Wedding gibt es ein ungewöhnlich erfolgreiches Projekt. Die Kiezmütter (KM) - von ihnen haben wahrscheinlich viele schon mal etwas gehört. Es gibt inzwischen Ableger in anderen Bezirken. Die Geschichte des Projektes ist, wie die anderer Initiativen, von ständiger Finanznot geprägt.

Eine Galerie von Kiezmüttern begrüßt mich im Eingangsbereich des Ladens in der Utrechter Straße - ausdrucksstarke Porträts, die eine eigene Ausstellung verdient hätten. Eine geschäftige Atmosphäre, in verschiedenen Räumen scheint alles gleichzeitig zu geschehen. Heute gibt es ein gemeinsames Frühstück mit verschiedenen Gästen, u.a. Flüchtlinge und Eltern aus Willkommensklassen. Dort komme ich mit der Projektleiterin Ivana Naefe ins Gespräch. Sie erwähnt lakonisch, dass hier 18 Sprachen gesprochen werden. Wirklich beeindruckend! Noch beeindruckender ist die Fülle der Aufgaben. Alles was wir uns vorstellen können fällt in den Bereich der KM. Es sind sozusagen „Mütter für

alles“. Die unterschiedlichsten sozialen und beratenden Tätigkeiten, der muttersprachliche und kulturelle Zugang zu Menschen unterschiedlicher Herkunft verleihen diesem Projekt eine Wirksamkeit und Reichweite, die erstaunlich ist. Die Kiezmütter finden Zugang zu Menschen, die sich außerhalb des gewöhnlichen Zugriffs vieler Institutionen befinden.

Zur Zeit werden in der Utrechter Straße zwanzig Frauen zu Kiezmüttern qualifiziert. Leider gibt es noch keine gesicherte Zusage, alle Teilnehmerinnen der Qualifizierung zu übernehmen. Momentan wird von zehn geplanten Einstellungen ausgegangen. Die Weddinger Kiezmütter wurden 2010/11 mit 45.000 Euro aus Mitteln des ESF (Europäischer Sozialfond) gefördert. Der „Flughafen“



Ständige Finanzierungslücken gefährden erfolgreiches Projekt der Kiezmütter

BER verschlingt ca. 1,3 Mio. Euro täglich. Dass dieses Projekt mit so wenig Geld auskommen muss, während im BER täglich über eine Mio. Euro versickert, ist eine Katastrophe. Die gesellschaftliche, ökonomische und soziale Teilhabe am Gemeinwesen ist das Fundament unserer Demokratie. Dieses Fundament zerbröckelt langsam. Selten sind Fördermittel so gewinnbringend für uns alle eingesetzt worden wie bei den Kiezmüttern. Deshalb – Zehn sind nicht genug!

László Hubert

Alte Mitte – neue Liebe?

Unter diesem Motto will der Berliner Senat einen Dialogprozess zur Historischen Mitte starten, der breite Zielgruppen erreichen und ergebnisoffen sein soll. Es geht um das Gebiet, das von Fernsehturm und Spree sowie Rotem Rathaus und Marienkirche eingegrenzt ist. Mit dieser Form der Bürgerbeteiligung sollen Leitlinien der zukünftigen Entwicklung definiert werden, die dann die Grundlage der weiteren Arbeit – laut Senat – im Rahmen eines städtebaulichen Wettbewerbes bilden sollen.

Was aus dem geschichtsträchtigen Areal werden soll, darüber sollen diesmal die Bürger entscheiden. Es kursieren verschiedene Ideen. Zum Beispiel wäre der Platz als Standort für die Zentrale Landesbibliothek geeignet, um den herum der innerstädtische Grünraum erhalten bleibt, der von Anwoh-

nerinnen und Anwohnern wie Besucherinnen und Besuchern weiter intensiv genutzt werden kann.

Der Senat will einen städtebaulichen Wettbewerb an den Dialogprozess anschließen, was auf eine Bebauung des Areals hinausläuft. Meine Fraktion hält einen freiraumplanerischen Wettbewerb für geeigneter, um sicherzustellen, dass hier ein innerstädtischer Frei- und Grünraum erhalten bleibt und qualifiziert wird sowie eine Privatisierung ausgeschlossen ist. Auch aus stadtklimatischer Sicht wäre ein Erhalt des grüneprägten Freiraums in einer sich immer weiter verdichtenden Innenstadt sinnvoll. Der öffentliche Stadtraum zwischen Spree und Alexanderplatz kann nicht isoliert, sondern nur in Synthese mit den angrenzenden Vierteln als neues zusammenhängendes Stadtgefüge, betrachtet werden.



Was letztlich dort entstehen wird, sollen diesmal die Bürger entscheiden. Die Auftaktveranstaltung zur Bürgerbeteiligung findet am 18. April im Berliner Congress Center in der Alexanderstraße 11 statt. Auf <http://stadtdebatte.berlin.de/> kann man sich dafür anmelden sowie schon erste Beiträge in Form von „Ich gehe gerne/nicht gerne zur Berliner Mitte zwischen Fernsehturm und Spree, weil ...“ abgeben. **Carola Bluhm**

Die Europäische Kommission als Unternehmen

Vor einigen Tagen hat die Brüsseler BO der LINKEN mit anderen linken Parteien zusammen eine Diskussion zu TTIP organisiert. Dieser Abend ging weit über eine normale Diskussion zu TTIP hinaus. Es wurden schnell Verbindungen gezogen zwischen dem, was die Europäische Kommission in der EU selber an Zielen verfolgt, und dem, was sie auf internationaler Ebene mit TTIP zu erreichen versucht. Immer mehr linke Organisationen in Brüssel kümmern sich um die „Regulatorische Kooperation“ in TTIP. Die „Regulatorische Kooperation“ kann man als das Herz von TTIP bezeichnen.

Auch wenn ISDS (Investor-Staat-Streitbeilegung) mit den infamen Klagemöglichkeiten gegen Staaten kurz und bündig komplett abzulehnen ist, so geht die noch größere Gefahr wohl von der „Regulatorischen Kooperation“ aus. Die Idee dahinter ist, dass ein Rat gegründet wird, in dem Vertreter der Kommission, der USA und der Zivilgesellschaft sitzen werden. Letztere wird u.a. aus Vertretern der multinationalen Unternehmen bestehen, denn wer kann es sich schon leisten die Arbeit solcher Gremien mit zu verfolgen? Der Clou an diesem Rat ist nun, dass nach dem Plan der USA und der Kommission alle Gesetzesvorschläge, die möglicherweise(!) den Handel beeinflussen können, und auf Ebene der EU, der USA und

vielleicht sogar auf der Ebene der Mitgliedsstaaten und Bundesländer verabschiedet werden sollen, vorher dem Rat vorgelegt werden sollen, der sie prüfen kann. Diese unfassbare Ausweitung der Rechte des transnational agierenden Kapitals zur Gesetzesentwicklung wird begleitet durch eine weniger bekannte neue Entwicklung innerhalb der EU selber.

Was nur wenige wissen ist, dass der Einfluss des europäischen Großkapitals auf die Kommission mittlerweile so groß ist, dass die Kommission nicht nur ganze Gesetzesvorschläge von Lobbyisten abschreibt. Der Einfluss geht viel weiter. Und zwar haben es Manager aus den Sektoren der Ölindustrie, des Bankwesens, der Rüstungsindustrie, aber auch vieler anderer Bereiche geschafft, die Struktur der Kommission selber, also ihren internen Aufbau, festzulegen. Im Juli 2014 hat eine Gruppe ehemaliger Kommissionsmitglieder, die sich den famosen Namen „Freunde der Europäischen Kommission“ gegeben hat, in einem Brief den internen Aufbau der Kommission diskutiert.

Nur zwei Monate später präsentierte Juncker seine neue Kommission, und was konnte man sehen? Juncker hat die Vorschläge der Industrie eins zu eins übernommen. Wir leben also in einer Postdemokratie, in der die Unternehmen nicht nur die Software der Ge-



Gegen eine Freihandelszone des Großkapitals

sellschaft, also die Gesetze, wesentlich durch Lobbyisten mitbestimmen können, sondern sogar in einem politischen System, in dem die Hardware, die institutionelle Struktur des politischen Apparates, selber nach den Vorstellungen von BWLern umgebaut wird. Und in diese Kommission setzen Tsipras und Varoufakis ihre Hoffnungen, um gegen Deutschland Unterstützung zu erhalten. Was sagt uns das eigentlich über den Zustand der Demokratie in Deutschland?

BO Brüssel (Roland Kulke), März 2015

Das ist das Letzte

Eine Nachricht vom Baugeschehen in Berlin-Mitte besagt, dass der kleine Ergänzungsbaubau auf der Museumsinsel, der quasi als Pförtnerbude dienen soll, statt 71 Millionen mindestens 134 Millionen Euro kosten soll. Und der Übergabetermin lief auch aus dem Ruder. Ja klar: Da werden ja auch vier Kassenschalter bei den fünf Museen eingespart. Dann zahlt sich das in hundert Jahren aus. Außerdem ist das ein Klacks verglichen mit dem Draufgeld beim Großflughafen, bei der Staatsoper, bei der Kanzler-U-Bahn, beim ICC oder bei der Straßenbahn-Haltestelle am Hauptbahnhof für eine Million! Doch es fehlt in Berlin an bezahlbaren Wohnungen. Dafür gibt es nur 64 Millionen Euro. Es fehlt an zumutbaren Flüchtlingsquartieren, an sanierten Schulen und an brauchbaren Straßen. Vor allem fehlt es an offenen Ohren im Senat für die dringlichsten Bedürfnisse der Bürger und an deren Einfluss auf die Verteilung der knappen Gelder in unserer verschuldeten Hauptstadt. Das ist mit den seltsamen Erklärungen für die Verteuerung der Protzbauten nicht zu entschuldigen. Ich bin hier geboren und hatte bei vielen Besuchen in unseren Museen kostbare Erlebnisse und Erkenntnisse. Aber was so ringsum geschieht, ist mir einfach zu „kostbar“. Müssen für jeden An- und Umbau Star-Architekten mit Star-Gagen einfliegen? Wann lernt man endlich, dass Berlin einen schwierigen Baugrund hat? Wo bleiben die Regresszahlungen der Pfuscher? Das alles spielt sich vor der Haustür der Kanzlerin ab. Hat die keinen Knüppel im Haus? Aber den braucht sie ja für Putin. Die PKW-Maut, die Armutszahlen, die Kernkraft-Entsorgung, der Wohnungswucher, selbst die Herausgabe der „Beutekunst“ der Nazis interessieren sie weniger. Jedenfalls so lange die Umfragen beweisen: Wir wurden ein Volk von „Merkel-Verstehern“! **Arthur Paul**

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte

der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Metzler/Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 24.03.2015

Ausgabetag für Nr. 05/2015 – 07.05.2015

Varoufakis und der Mittelfinger

Der große Betrug

Um eine Sache klarzustellen: Yanis Varoufakis hat auf dem Subversiv Festival in Zagreb den Stinkefinger gezeigt. Jan Böhmermann und sein Team von Neo Magazin Royale haben nicht den Mittelfinger in das Video hineinmontiert.

Auch wenn ich es mir wünschen würde, dass Jauch auf ein gefälschtes Video hereingefallen wäre, es ist echt. Ein Schwindel von Jan Böhmermann also? Nein, eine gute Satire.

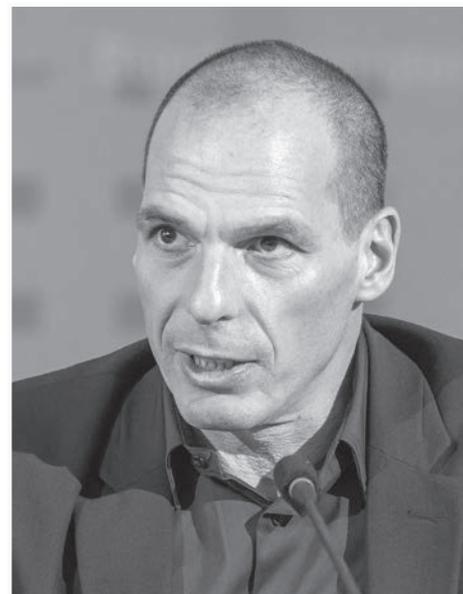
Der große Betrug wurde in der Talkshow von und mit Günther Jauch begangen, in dem das Video aus dem Zusammenhang gerissen wurde, indem durch die Inszenierung behauptet wurde, Yanis Varoufakis beleidige Deutschland, indem er dem Land den Stinkefinger zeigt. Etwas, was nie geschehen ist. Es ist eine Inszenierung, eine gewollte, bewusste Skandalisierung durch ein verkürztes, aus dem Zusammenhang gerissenes Zitat, die Günther Jauch in seiner Sendung betrieben hat.

Es ist eine Ablenkung, eine Nebelkerze, damit man sich nicht mit den echten Problemen beschäftigt. Und sie hat funktioniert. Alle sprechen über den Stinkefinger und Jan Böhmermann hat es nur auf die satirische Spitze getrieben und diese Inszenierung entlarvt.

Aber auch er schafft es nicht, auf die echten Probleme in Griechenland hinzuweisen.

2,5 Millionen Menschen ohne Krankenversicherung, die Säuglingssterblichkeitsrate ist um 43% gestiegen, die Zahl der Totgeburten um 20%, die Zahl der Selbstmorde um 45%, Diabetiker stehen vor der Wahl, Insulin oder

Nahrung zu kaufen, die Arbeitslosigkeit liegt bei knapp 30%, mehr als 50% bei den unter 25-jährigen, allein in Athen sind mehr als 20 000 Menschen obdachlos.



Athens erster Finanzminister auf der Seite der kleinen Leute

In Griechenland findet eine humanitäre Katastrophe durch eine erzwungene Sparpolitik statt, die auch noch alle Chancen vernichtet, dass Griechenland jemals auch nur einen Teil seiner Schulden zurückzahlen kann.

Aber in Deutschland regt man sich über einen Stinkefinger auf. **Andreas Böttger**

Willkommen zur Stadtdebatte Berliner Mitte 2015!

Die Berliner Mitte, der Freiraum zwischen Fernsehturm und Spree und zwischen Marienkirche und Berliner Rathaus, ist das letzte prominente Gebiet der Innenstadt, dessen Nutzung und Gestaltung noch nicht festgeschrieben wurde. Starten Sie mit uns in die Stadtdebatte: Auftakt vor Ort am 18. April 2015. Damit wir besser planen können, freuen wir uns, wenn Sie sich anmelden:

<http://stadtdebatte.berlin.de/anmelden-zur-auftaktveranstaltung>

Wir gratulieren im April zum Geburtstag!

- Zum 94. Werner Wolf
- zum 91. Ernst Haak
- zum 90. Horst Heß
- zum 89. Annemarie Branstner
- zum 88. Ruth Wenk
- zum 87. Werner Lemm, Irmgard Lingott, Siegfried Zachmann
- zum 86. Eva Tägtmeyer
- zum 85. Erwin Gürnth, Steffi Schuster
- zum 84. Werner Fidyka
- zum 83. Hildegard Kiermaier, Brigitte Roland
- zum 82. Klaus Degen, Egon Knoll, Hannelore Schmidt
- zum 81. Edeltraut Aurich, Eva Barth, Friedhold Bauer, Horst Giese
- zum 80. Gottfried Scheffler, Liselotte Thiel, Elisabeth Weiß
- zum 75. Peter Kaukel, Brita Köhler